

STEINKES ANSICHTEN



Coronamüde

Die Zivilgesellschaft in Russland befindet sich in einer seltsamen Situation: Je stärker der Druck ist, den die Behörden auf sie ausüben, desto aktiver werden jene Menschen, die im wahren Sinn des Wortes als Bürgerinnen und Bürger bezeichnet werden können – die Rede ist von Menschen, denen die in der Verfassung verankerten Bürgerrechte nicht egal sind. Die Januar- und Februarproteste in diesem Jahr zeigten nicht nur die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, ihre Unzufriedenheit mit den Aktionen des Kreml und der „Silowiki“ (Militär, Geheimdienst, Polizei, Innenministerium) auszudrücken, sondern auch ihre Fähigkeit zur Solidarität. Jedenfalls blieben diejenigen, die während der Proteste festgenommen wurden, nicht ohne Hilfe.

Früher haben die Behörden nur die politische Aktivität der Opposition kriminalisiert, also diejenigen, die wie Alexej Nawalny offen um die Macht kämpften. Nun erklären sie auch den Protest der Zivilgesellschaft für kriminell. Dabei gibt es immer noch einen bedeutenden Unterschied zwischen der politischen Opposition und der Zivilgesellschaft in Russland. Die Zivilgesellschaft kämpft nicht um Macht, sie fordert die Wiederherstellung der Gerechtigkeit und der verfassungsmäßigen Rechte: vom Umweltschutz bis zu den Wahlrechten, wie es bei den Protesten im vergangenen Jahr in Chabarowsk der Fall war, wo die Menschen gegen die Absetzung des gewählten Gouverneurs protestierten.

Alexej Nawalny ist für die autoritätshörigen Konformisten ein Agent des Westens

Die hochrangigsten russischen Politiker wie Außenminister Sergej Lawrow lenken die Aufmerksamkeit gern darauf, wie brutal die Polizisten in westlichen Ländern angeblich Demonstranten behandeln. Dies ist gegenüber dem Ausland eine Strategie des Whataboutism: „Sagt uns nicht, wie wir leben sollen, schaut, die Situation bei euch ist noch schlimmer.“ Dies ist jedoch ein falscher Vergleich. Die russischen wie auch die belarussischen Demonstrationen zeichnen sich durch ihre hohe politische Kultur aus.

Es handelt sich um einen friedlichen, gewaltfreien Protest, das Recht darauf ist im Artikel 31 der Verfassung der Russischen Föderation verankert. Niemand zerbricht Schaufenster, niemand verbrennt Autos, niemand stürmt den Kreml oder das Parlament. Trotzdem gelten die Demonstranten nun als offene Feinde des Regimes, als Ausgestoßene, die nicht mehr der Rechtsstaatlichkeit unterliegen. Polizisten, Ermittler und Richter lassen eine offene, zynische Willkür walten.

Die Zivilgesellschaft ist gezwungen, an mehreren Fronten zu kämpfen. Erste Front: Es herrscht praktisch ein offener Bürgerkrieg mit dem Staat. Die Behörden haben ein für alle Mal ihre Strategie gewählt – eine offene Unterdrückung der Zivilgesellschaft durch Polizei und Gesetzge-

Putins Spießler

Der Staat bekämpft die russische Zivilgesellschaft mit allen Mitteln. Ihm hilft dabei der „Mann der Mitte“ – die größte Stütze des Kreml

VON ANDREJ KOLESNIKOW

bung. Sie beschränken sich dabei nicht auf die Unterdrückung von öffentlichen Protesten. Hinzu kommen die Einschränkungen des Internets und der sozialen Netzwerke, die Kennzeichnung von Bürgerorganisationen und jetzt auch von Einzelpersonen mit dem demütigenden Status „ausländische Agenten“ und auch Beschränkungen im Bildungsbereich.

Die zweite Front besteht in der Konfrontation mit der sogenannten konservativen Zivilgesellschaft, das heißt, mit den aggressiven Loyalisten, die bei Protesten für Provokationen sorgen und im Internet trollen. Die dritte Front ist der Kampf gegen die russische Ausprägung des Spießbürgers, den all diese Proteste und jede Aktivität der Zivilgesellschaft aus dem Gleichgewicht bringen. Der „Mann der Mitte“ blendet schlechte Nachrichten über die russische Führung aus – ein psychologischer Schutzmechanismus.

Vermutlich deshalb stieg nach den jüngsten Protesten der Anteil der Menschen, die Nawalyns Tätigkeit missbilligen, von 50 auf 56 Prozent; das sagen jedenfalls die Zahlen des Lewada-Zentrums, eines unabhängigen Meinungsforschungsinstituts. Der wichtigste Oppositionelle stört offenbar das Weltbild der Konformisten, die sich als Mitte der Gesellschaft verstehen. Es kommt auch vor, dass sich ein gleichgültiger Konformist in einen aggressiven Loyalisten verwandelt.

Es gibt noch ein interessantes Phänomen: Laut Umfragen sehen die meisten Russen den Protest gegen die Verhaftung des Gouverneurs in Chabarowsk positiver als die Demonstrationen zum Schutz Nawalyns in Moskau, Petersburg und anderen Städten. Woran das liegt? Vor allem daran, dass dort eine andere soziale Zusammensetzung der Demonstranten vermutet wird. Der durchschnittliche Befragte ist davon überzeugt, dass in Chabarowsk, an der Grenze zu China gelegen, durchschnittliche Menschen auf die Straße gingen, in den großen Städten dagegen

eine vom Westen bezahlte obere Mittelschicht. Was natürlich nicht stimmt, aber ein wichtiger Faktor ist: Ein Protest im Zeichen von Nawalny wird schlechter angesehen als Demonstrationen und Kundgebungen ohne Anführer in den Provinzen. Nawalny wird vom „Mann der Mitte“ oft als Agent des Westens eingeschätzt.

Solch ein „Mann der Mitte“, der die Behörden nicht mag, aber ihnen gehorcht und sein Misstrauen gegenüber allem Liberalen äußert, widersetzt sich der modernen Zivilgesellschaft. Er bleibt die Stütze der Mächtigen, weil er, wenn er ins Wahllokal kommt, mechanisch das Ritual der Loyalität erfüllt und für die regierende Klasse stimmt. Solange der Kreml eine solche Stütze hat, wird er in Zusammenarbeit mit den Silowiki bei seiner Strategie bleiben: strengste Unterdrückung der Minderheit, also der Vertreter der Zivilgesellschaft und der politischen nicht-parlamentarischen Opposition.

Die Staatspropaganda und die Staatsmänner wiederholen immer wieder das Mantra: Jede gegen Präsident Wladimir Putin gerichtete Aktion ist eine Aktion gegen Russland, sie ist vom Westen inspiriert und bezahlt. Am häufigsten werden abstrakte „Geheimdienste“ und ein seltsames Symbol der westlichen Macht – das US-Außenministerium – genannt. Die massive Gehirnwäsche entfaltet ihre Wirkung, auch wenn sie im Gegensatz zu früheren Jahren nicht mehr die Menschen mobilisiert, sich um die russische Flagge zu versammeln. „Der westliche Einfluss“ und „die Untergrabung der Souveränität“ bleiben Begriffe, die in den Köpfen der durchschnittlichen Russen fest verankert sind, zumindest bei denen, die generell eine restriktive Gesetzgebung gegen „ausländische Agenten“ billigen.

Unter diesem Präsidenten wird es keine Veränderungen, keine Liberalisierung geben

Deshalb macht jede – insbesondere finanzielle – Unterstützung für den russischen Zivilsektor seitens der europäischen oder amerikanischen Organisationen oder Staaten sofort jede Nichtregierungsorganisation (NGO) und jede Einzelperson zu einer Zielscheibe für Regulierungsorgane oder Strafbehörden. Den Organisationen, die als ausländische Agenten deklariert wurden, fällt es äußerst schwer, ihr ziviles Engagement in Russland fortzusetzen – manchmal schrecken potenzielle Partner vor ihnen zurück. Daher ist alles, was die westlichen Länder tun können, eine noch stärkere Öffnung von Bildungs- und Tourismusmöglichkeiten vor allem für junge Russen.

Die missliche Situation der Zivilgesellschaft wird noch lange anhalten. Unter Putin wird es keine Veränderungen, keine Liberalisierung geben.

Andrej Kolesnikow ist Leiter des Programms Innenpolitik am Moskauer Carnegie-Zentrum. Übersetzung: Irina Demina.

Israel war gerade zwölf Jahre alt, die Bundesrepublik nicht einmal elf, als Adolf Eichmann in Argentinien von Agenten des Mossad gekidnappt wurde. Am 22. Mai 1960 brachte eine Maschine der El Al den einstigen SS-Obersturmbannführer außer Landes, am Tag darauf kam er in Haifa in Haft, am 11. April 1961 begann vor dem Bezirksgericht in Jerusalem sein Prozess, der weltweit Schlagzeilen machen sollte. Die Bilder von dem schmalen Mann im Glaskasten, der sich, höchst irreführend, als Bürokrat und Befehlsempfänger präsentierte, aber auch die Aussagen der Zeugen veränderten den Blick auf den Mord an den europäischen Juden.

Fällt heute der Name Eichmann, den vor dem Prozess nur wenige kannten, horcht die Öffentlichkeit immer noch auf. Doch der Grund dafür sind kaum mehr die konkreten Verbrechen, derentwegen der Referatsleiter IV B 4 („Juden- und Räumungsangelegenheiten“) im Reichssicherheitshauptamt nach 120 Verhandlungstagen schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt wurde. Was das Interesse wachhält, sind die „Interessen um Eichmann“ – so der treffende Titel eines der Bücher, die um den 50. Jahrestag des Prozesses erschienen. Zum Teil lagen diese Interessen in Jerusalem offen zutage, zum Teil kamen sie erst später ans Licht. Sie verweisen auf die komplizierte Nachgeschichte des Holocaust, die sich in den Umständen von Eichmanns Flucht nach Südamerika, seinem Treiben im Kreis der „alten Kameraden“ und seiner spektakulären Entführung natürlich nicht erschöpft.

Die politischen Prämissen, unter denen Israel nach Eichmanns Ergreifung agierte, waren sehr klar: Die Welt sollte akzeptieren, dass sich der junge Staat als die alleinige und rechtmäßige Vertretung aller Juden verstand. Aber der Prozess bot auch Gelegenheit, das Narrativ der zionistischen Staatsgründung zu erweitern, in dem das Schicksal der europäischen Juden bis dahin kaum eine Rolle gespielt hatte. Jetzt sprach Premierminister David Ben-Gurion von der „historischen Pflicht gegenüber sechs Millionen Angehörigen unseres Volks, die ermordet worden sind“.

Israels Anspruch auf rückwirkende Zuständigkeit für die Bestrafung von Nationalsozialisten und deren Helfern – sprich: von Verbrechen, die stattgefunden hatten, als der Staat noch gar nicht existierte – war seit 1950 gesetzlich geregelt. Die Knesset hatte sich dabei an den epochemachenden Rechtsgrundlagen des Nürnberger Prozesses orientiert, die Straftatbestände aber um einen Punkt erweitert: „Verbrechen gegen das jüdische Volk“.

Auch die Bundesregierung musste sich sortieren, als die Nachricht von Eichmanns Verhaftung kam. Dabei half, dass

Konrad Adenauer zwei Monate zuvor Ben-Gurion erstmals persönlich begegnet war; die Fotos von dem Treffen im New Yorker Waldorf Astoria wurden rasch zu Ikonen der deutsch-israelischen Annäherung. Aber kurioserweise half es auch, dass es noch immer keine diplomatischen Beziehungen gab (die deutsche Industrie fürchtete arabische Sanktionen): So ließ sich begründen, dass Bonn von Jerusalem nicht Eichmanns Auslieferung verlangte.

Sogar staatlichen Rechtsschutz sollte der Angeklagte, anders als für deutsche NS-Verbrecher vor ausländischen Gerichten bisher die Regel, nicht erhalten. Die Bundesregierung ging auf größtmögliche Distanz – und Adenauer, zum zweiten Mal binnen 15 Monaten, aus Angst um das internationale Ansehen der Republik ins Fernsehen: „Im deutschen Volkskörper, im moralischen Leben des deutschen Volkes, gibt es heute keinen Nationalsozialismus mehr, kein nationalsozialistisches Empfinden“, verkündete der Kanzler am Vorabend des Prozessbeginns. Wie sehr er sich dabei selber glaubte?

Ging es um Antisemitismus, flüchtete Kanzler Adenauer in beschwörendes Wunschdenken

Immer wieder in seiner langen Amtszeit wich Adenauer, wenn es um den Antisemitismus ging, in beschwörendes Wunschdenken aus, etwa nach den Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge zu Weihnachten 1959. Und selbstverständlich sorgte er sich wegen Hans Globke, seinem ewig treuen und ewig umstrittenen Staatssekretär, den die DDR, hätte man sie nur gelassen, als Nebenklägerin in Jerusalem zu Eichmanns Ex-Komplizen stilisiert hätte.

Die vergangenheitspolitische Landschaft der Bundesrepublik war, als Eichmann in Jerusalem vor seinen Richtern stand, schon seit zwei, drei Jahren in Bewegung geraten. Vor allem der skandalöse Ahndungsstillstand gegenüber NS-Tätern schien sich aufzulösen: Ein in Ulm fast durch Zufall zustande gekommener Pro-

Der Prozess

Vor 60 Jahren stand Adolf Eichmann in Jerusalem vor Gericht. Es war ein Weltereignis – und eine Zäsur für die Überlebenden des Holocaust

VON NORBERT FREI

zess gegen Angehörige des SS-Einsatzkommandos Tilsit hatte im Sommer 1958 die Aufmerksamkeit auf die Massenmorde an den Erschießungsgruben gelenkt; die Justizministerkonferenz reagierte mit der Einrichtung der noch heute ermittelnden Zentralen Stelle in Ludwigsburg.

In Frankfurt, wo Generalstaatsanwalt Fritz Bauer früh Hinweise auf Eichmanns Aufenthaltsort erhalten und nach Israel gegeben hatte, liefen die Vorbereitungen für mehrere NS-Verfahren auf Hochtouren, darunter auch für den dann 1963 eröffneten Auschwitz-Prozess. Und in West-Berlin organisierte Reinhard Strecker 1959 mit ein paar Freunden vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund die Wanderausstellung über „Ungesühte Nazijustiz“. Auch aus solchen Gründen wurden die Jerusalemer Verhandlungen in der Bundesrepublik nicht ganz so sehr zur Mediensensation wie in Israel oder in den USA, wo das Fernsehen prozessmäßig Bilder aus dem Gerichtssaal übertrug.

Die weltweite Wirkung und Bedeutung des Verfahrens allerdings war eminent: Anders als 1945/46 in Nürnberg stand im Eichmann-Prozess der Genozid an den Juden im Zentrum, und anders als bei der Abrechnung mit den übrig gebliebenen „Hauptkriegsverbrechern“, die sich vor allem auf deren hinterlassene Akten stützte (die später so genannten Nürnberger Dokumente), erhielten in Jerusalem Überlebende das Wort. Mehr als hundert von ihnen, manche zum Missfallen einer so strengen Beobachterin wie Hannah Arendt, legten Zeugnis ab über die Dimensionen des Verbrechens. So veranschaulichte der Prozess in noch kaum gehörter Weise ein Geschehen, für das seitdem, zunächst allerdings nur im Land der Überlebenden, ein bis dahin fast unbekanntes Wort geläufiger wurde: Holocaust.



Norbert Frei ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena und leitet das Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts.

#FaireLieferketten
MIT KOFFEIN.
MIT AROMA.
MIT MENSCHENRECHTEN.

Das neue Lieferkettengesetz stärkt Menschenrechte weltweit.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Das neue Lieferkettengesetz schafft verbindliche Regeln für große Unternehmen, um Menschenrechte weltweit zu stärken. Sie werden ab 2023 verpflichtet, nicht nur in ihrem eigenen Geschäftsbereich, sondern auch bei ihren Zulieferern in aller Welt auf faire Arbeits- und Lebensbedingungen zu achten. Die Bundesregierung unterstützt sie dabei.

Erfahren Sie mehr:
www.wirtschaft-menschenrechte.de

Wirtschaft & Menschenrechte